

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	GB 5 Geschäftsbereich Personal, Digitalisierung und Wirtschaft												
	Ressort / Stadtbetrieb	404 - Haupt- und Personalamt												
	Bearbeiter/in Telefon (0202)	Joshua Finn Schürmann 563 8301												
	E-Mail	joshuafinn.schuermann@stadt.wuppertal.de												
	Datum:	27.08.2024												
	Drucks.-Nr.:	VO/1042/24 öffentlich												
<table> <tr> <td>Sitzung am</td><td>Gremium</td><td>Beschlussqualität</td></tr> <tr> <td>10.09.2024</td><td>Ausschuss für Finanzen, Beteiligungs- steuerung und Betriebsausschuss WAW</td><td>Empfehlung/Anhörung</td></tr> <tr> <td>12.09.2024</td><td>Hauptausschuss</td><td>Empfehlung/Anhörung</td></tr> <tr> <td>16.09.2024</td><td>Rat der Stadt Wuppertal</td><td>Entscheidung</td></tr> </table>			Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität	10.09.2024	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungs- steuerung und Betriebsausschuss WAW	Empfehlung/Anhörung	12.09.2024	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung	16.09.2024	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität												
10.09.2024	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungs- steuerung und Betriebsausschuss WAW	Empfehlung/Anhörung												
12.09.2024	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung												
16.09.2024	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung												
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beauftragung von Partnerschaft Deutschland mit der Durchführung von priorisierten Ausschreibungsverfahren														

Grund der Vorlage

Bereitstellung von außerplanmäßigen konsumtiven Mitteln für das Haushaltsjahr 2024 zur Beschleunigung von dringenden Ausschreibungen/ Beschaffungen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel in Höhe von 380.000 € für das Haushaltsjahr 2024 für die Beauftragung der Gesellschaft Partnerschaft Deutschland zu.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Frau Dr. Sandra Zeh

Begründung

Das beim Haupt- und Personalamt angesiedelte „Beschaffungsmanagement“ führt für den überwiegenden Teil der Leistungseinheiten die Vergabeverfahren und Beschaffungen der benötigten Leistungen und Ausstattung vor. Das Spektrum umfasst u.a. Büromaterial, Büromöbel, Reinigungsmittel, Dienst- und Schutzkleidung, Ausstattung aller Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Lehrmaterial/ Büchern, Facilitymanagement und Catering für die Alten- und Altenpflegeheime, Reinigungsmittel, technische Ausrüstung für die Feuerwehr und den Rettungsdienst einschl. Fahrzeuge.

Umfang und Komplexität der Beschaffungen und der dazu notwendigen Ausschreibungen einschl. Leistungsbeschreibungen haben in der Vergangenheit stetig zugenommen. Parallel dazu ist der Personalbestand für die zu leistenden Aufgaben zurzeit zu knapp. Dies hat in den vergangenen Monaten zu einem gravierenden Engpass der Abarbeitung der Beschaffungsanforderungen der Leistungseinheiten geführt; konkret: Es liegt ein erheblicher Rückstau an Vorgängen vor, die ausgeschrieben werden müssen.

Zurzeit sind 52 Ausschreibungen teils schon seit über einem Jahr unbearbeitet. Selbst die davon **25 hoch priorisierten** Vergaben bleiben liegen, u.a.:

- 7 wichtige Ausschreibungen der Feuerwehr, so dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist. Die Auswirkungen würden hier unterschiedlich sichtbar - zum einen im täglichen Arbeiten (z.B. im Rettungsdienst) und zum anderen im akuten Gefahrenfall (z.B. bei Überschwemmungen wie zuletzt in Beyenburg).
- ca. 13 Ausschreibungen für das Zentrum für Stadtgeschichte und Industriekultur. Für jeden Monat Verzögerung, der seitens der Stadt zu verschulden ist, wird einerseits eine Konventionalstrafe i. H. v. rd. 16.000 € netto fällig, die an das bereits beauftragte Planungsbüro zu leisten ist. Zudem besteht die Gefahr, dass der Fördergeber auch die gesamte Förderung i. H. v. 2,5 Millionen Euro widerrufen könnte. Die Förderung erfolgt regelmäßig unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel. Der Fördergeber hat in diesem Fall deutlich formuliert, dass eine Verlängerung über den 31.12.2025 nicht in Betracht kommt. Das bedeutet, Haushaltsmittel würden und werden aller Voraussicht nach in diesem Fall aufgrund der Haushaltslage des Bundes nicht übertragen und stünden nicht mehr zur Verfügung.
Bisher sah der Zeitplan eine Eröffnung bis 30.06.2025 vor. Etwa aufgrund der eingetretenen Verzögerungen bei der Medienhardware wird dieser zu korrigieren sein und auch durch die vermutlich eintretenden Verzögerungen bei den anderen Ausschreibungen mindestens auf Oktober 2025 zu korrigieren sein. Damit besteht nahezu kein Puffer mehr, um weitere Verzögerungen aufzufangen. Bis zum Ende des Bewilligungszeitraumes 31.12.2025 muss auch die Abrechnung erfolgt sein.
- Wichtige stadtweite Rahmenverträge (z.B. für Büromaterial) laufen ohne Kapazitäten für eine Neuausschreibung aus. Andere wichtige Rahmenverträge (z.B. Schulmobiliar) warten mangels Kapazität über Wochen und Monate auf eine Ausschreibung.
- Haushaltsmittel drohen zu verfallen, weil sie nicht verausgabt werden können (z.B. für Trinkwasserspender).
- Auch für die Ausschreibung der neuen Bestuhlung der Stadthalle bestehen keine Kapazitäten, so dass Imageverluste für die Stadt drohen.
- Ausschreibungen für die BuBaDi sind rückständig, so dass sich der Einzug droht zu verschieben.

Als Konsequenz daraus wurden bereits Standardreduzierungen vorgenommen, wie z.B. Verzicht auf detaillierte Vergabedokumentationen bei Ausschreibungen, keine Höchstmengenverfolgung bei Rahmenverträgen, Verzicht auf Angebotsvergleiche bei Direktaufträgen, Bestellung von Mobiliar aus abgelaufenen Rahmenverträgen etc.

Darüber hinaus sind bereits Maßnahmen zur personellen Verstärkung eingeleitet worden. Dies führt jedoch nicht zu einer kurzfristigen Entlastung.

Neue Mitarbeitende könnten nämlich nur dann helfen, wenn sie fachlich eingearbeitet sind. Solche Personen sind am Markt aber kaum zu bekommen, wie die letzten Ausschreibungen zeigen. Es ist mit einer Einarbeitungszeit von ca. 6 bis 12 Monaten zu rechnen. Daher wäre zusätzliches Personal zwar eine mittelfristige und unvermeidbare Lösung zur Bewältigung des Standardaufgabenvolumens – aber keine kurzfristige Option, um die dringenden hochpriorisierten rückständigen Ausschreibungen durchzuführen.

Um diese dringlichsten Ausschreibungen jetzt umsetzen zu können, ist daher eine externe Unterstützung die einzig zielführende Lösung.

Diese kann durch die Gesellschaft Partnerschaft Deutschland (PD) gewährleistet werden.

PD ist eine GmbH mit über 800 Berater*innen bundesweit, die ausschließlich für die öffentliche Hand Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbringt.

Gesellschafter sind zu 100 % öffentliche Einrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Stadtverwaltung Wuppertal ist seit 2016 ebenfalls Gesellschafter.

PD deckt ein breites Spektrum von Dienstleistungen ab; dazu gehören auch Ausschreibungs- und Vergabeverfahren.

Für die Beauftragung von PD ist kein Vergabeverfahren notwendig, da es sich wegen der Mitgliedschaft der Stadt Wuppertal um eine sog. Inhouse-Vergabe handelt.

- Es ist geplant, die 25 höchst prioritären Ausschreibungen durch PD durchführen zu lassen. Dies wäre nach den erfolgten Vorgesprächen auch sofort mit dem entsprechenden Expertenpersonal möglich. PD könnte sämtliche Aufgaben übernehmen, die sonst im Beschaffungsmanagement abgewickelt werden müssten – von der Beratung der Bedarfsstellen bei der Erstellung der Leistungsverzeichnisse, der Erstellung der Vergabeunterlagen über die Eignungs- und Angebotsprüfung bis hin zur Vorbereitung des Zuschlages.
- Die Abrechnung von PD erfolgt auf Stundenbasis. Dabei kann mit einem durchschnittlichen Satz von ca. 200 € /Stunde netto gerechnet werden. Pro Ausschreibung kalkuliert PD – je nach Komplexitätsgrad - ca. 80 Arbeitsstunden ggf. auch weniger. Dies bedeutet für eine (größere) prioritäre Ausschreibung Kosten von 16.000 € netto.

Für zwei hoch priorisierte Vergaben der Feuerwehr sowie drei Vergaben im Projekt BuBaDi ist Budget vorhanden. Für die weiteren oben dargestellten hochprioritären Ausschreibungen nicht.

Auf der vorgenannten Basis wird geschätzt, dass diese einen außerplanmäßigen Finanzbedarf von 380.000 € erfordern.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

X neutral /nein

☐ ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Da es sich um die Bereitstellung von Finanzmitteln handelt, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Kosten und Finanzierung

Die Deckung ist im Rahmen der weiteren Haushaltsführung durch das aktuell prognostizierte Gesamtergebnis in 2024 gewährleistet.